

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich drei Mark (halbjährlich 17 Mark), durch die Post bezogen monatlich 2 Mark (ohne Aufstellungsgeld) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Al. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17239 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18699. Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-Al. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17239 / Drahtschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neuformatierte Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 Mark, für Familienanzeigen 0,20 Mark für die Reklamazeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 Mark. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Al., Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Aktualität besteht kein Anspruch auf Verzögerung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang Dresden, Donnerstag, den 15. Dezember 1927 Nummer 291

Verrat in Düsseldorf

Antwortet mit Streik gegen das Trustkapital und den Bürgerblock!
Kapitulation der Gewerkschaftsführer in der Arbeitszeitfrage / Lohnerhöhung abgelehnt / Verhandlung vertagt

Der Beamtenbetrug vollendet

Die reaktionäre Besoldungsvorlage im Reichstag angenommen

Berlin, 15. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

In der gestrigen Sitzung des Reichstages wurde nach mehr als 10stündiger Debatte die Beamtenbesoldungsvorlage des Bürgerblocks in der Schlussabstimmung mit 333 gegen 53 Stimmen der Kommunisten, der bayerischen Bauernblöcker und der Wirtschaftspartei, bei 16 Stimmenthaltungen von Zentrum und Bayerischer Volkspartei angenommen. Bei den einzelnen Punkten sprachen der Genosse Torgler zur Frage der Pensionäre, Genosse Scheller zur Angelegenheit der Soldaten der Wehrmacht, zur Entschliebung über die Erhöhung der Tarife der Arbeiter in Reichsbetrieben, bei Reichspost und Reichsbahn Genosse Reddemeier, zu dem Antrag über Notstandsmaßnahmen zugunsten der Sozialrentner, Kleinrentner und langfristiger Erwerbsloser Genossin Krensch. Vor der Schlussabstimmung gab der Sozialdemokrat Steinlopf eine Erklärung ab, in der zwar bedauert wird, daß die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt worden sind, dennoch aber die Zustimmung zur Vorlage ausgesprochen wird. Für die kommunistische Fraktion gab Genosse Torgler eine Erklärung zur ablehnenden Haltung der Kommunisten ab, (die wir auf der zweiten Seite der heutigen Nummer veröffentlichen). Sämtliche kommunistischen und sozialdemokratischen Änderungsanträge sind der Ablehnung verfallen. Die Besoldungsordnung des Bürgerblocks bedeutet eine Rückkehr zum Klassenhaß der Vorzeitszeit und bringt Zersplitterung der Beamtenschaft in eine Anzahl von Gruppen, Schlechterstellung der Ledigen gegenüber den Verheirateten in bezug auf Wohnungsgeldzuschuß, minimale Gehaltserhöhung für die unteren, Mißgeschick für die oberen Beamten.

Kampf oder Unterwerfung?

Berlin, 15. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Schlichterkammer in Düsseldorf bewahrt hartnäckiges Stillschweigen über die Verhandlungen. Doch eine große Gefahr im Anzuge ist, zeigt nachstehende Meldung des Verlichteratters vom Berliner Tageblatt aus Düsseldorf: „Zweifellos ist auf beiden Seiten der feste Wille zur Verständigung vorhanden, worauf es auch zurückzuführen ist, daß in einigen wichtigen Punkten, wie z. B. in der Arbeitszeitfrage, zwischen beiden Parteien eine Verständigung erzielt worden ist.“

Die Preisgabe des Achtstundentages durch die reformistischen Gewerkschaftsführer kann dadurch nicht mehr zweifelhaft sein. Die Schlichterkammer hat, wie wir hören, in zwei Fragen gestern einen einstimmigen Beschluß gefaßt:

1. Für Arbeiter in den Gas-, Kraft- und Gießereizentralen, die zur Zeit 65 Stunden wöchentlich arbeiten, beträgt ab 1. Januar die wöchentliche Arbeitszeit 57 Stunden, und die dreigeteilte Wechselzeit soll frühestens am 1. April zur Einführung gelangen.

2. Für Arbeiter in den Holzmetz- und Sinteranlagen, die 65 Stunden wöchentlich arbeiten, soll ab 1. Januar, wie es schon heißt, „grundständig“ das Dreischichtsystem eingeführt werden.

Es handelt sich hier nur um eine kleine Zahl von Arbeitern, die gegenüber der Gesamtarbeiterschaft zahlenmäßig eine geringe Bedeutung haben. Entscheidend ist jedoch, daß die Verhandlungen gestern abend 10 Uhr ergebnislos abgebrochen und auf Donnerstag vormittag vertagt wurden, weil die Unternehmer immer wieder die allgemeine Einführung des Dreischichtsystems, den Lohnausgleich pro Schicht und die zehnprozentige Lohnerhöhung ablehnen, und provokatorisch erklären, daß sie auf jeden Schiedsspruch, der ihnen nicht paßt, mit Kündigung oder Ausperrung antworten werden.

Der schmällichen Vereinbarung der Parteien entsprechend, feinerlei Mittelungen an die Presse zu geben, veröffentlichten weder die bürgerlichen Zeitungen noch die SPD-Blätter irgendwelche Mitteilungen über die Schlichtungsverhandlungen. Nur die Kölnische Zeitung bringt gestern einen Artikel, der die Haltung der Unternehmer zu den Schlichtungsverhandlungen umreißt. Das Blatt schreibt:

„Die Entscheidung des Reichsarbeitsministers über die Durchführung der Arbeitszeitverordnung „verlange von den Unternehmern eine ungeheure Selbstlosigkeit gegenüber dem Staate“. Es sei zu erwarten, daß den Unternehmern auf den anderen Konfliktgebieten, so vornehmlich in der Lohnfrage, auf die sich jetzt das Schwergewicht des ganzen Konfliktes verlagere, teilens der Gewerkschaften im weitgehendsten Maße entgegengekommen würde. Nachdem die Unternehmer in den letzten Apfeln der Arbeitszeitregelung hätten beugen müssen, sei es verstandlich, wenn sie in der Lohnfrage unzugänglich würden. Es käme höchstens ein Lohnausgleich in Frage, aber nur dann, wenn die Gewerkschaften bezüglich der Sonntagsarbeit Entgegenkommen zeigen würden. Dagegen müßten sie die Forderung nach allgemeiner Lohnerhöhung unbedingt zurückstellen. Beständen die Gewerkschaften auf ihren Lohnforderungen, oder gebe der Schlichter in seinem Spruch zu weit, so werde der Lohnkonflikt erneut aufgerollt werden und die eisenbearbeitende und die eisenhaltende Industrie würden dann gemeinsam vorgehen und den Antrag auf Preisermäßigung ihrer Erzeugnisse stellen, oder den Kampf mit neuer Front, die nur gegen die Lohnforderungen der Gewerkschaften gerichtet ist, aufnehmen.“

Es hängt also durchaus von der Entscheidung des Schlichters über die Lohnregelung ab, ob die Löhne placken soll. Die Industrie ist nach wie vor bereit, ihre Betriebe am 1. Januar stillzulegen, wenn nicht nach ihrem Willen verfahren wird.

Die Verwerfung der Arbeitszeitregelung erklärt zu den Verhandlungen in Düsseldorf ganz brutal! Aus den Darlegungen des Reichsarbeitsministers ist die Zulassung einer Verkürzung der sonntäglichen Betriebsruhe auf 12 Stunden zu entnehmen. Bisher galt als sonntägliche Betriebsruhe von Sonntag früh 6 Uhr bis Montag früh 6 Uhr. In Zukunft wird es möglich sein, den Betrieb Sonntags abends 6 Uhr wieder aufzunehmen. Die Betriebe gewinnen so eine ganze Schicht!

Die Situation beginnt sich zu klären. Die Reformisten sind zu einem erbärmlichen Kompromiß in der Arbeitszeitfrage bereit. Die Unternehmer sind, wie die Äußerungen der führenden Blätter der Schwerindustrie zeigen, gewillt, falls der Schlichter ihrem Willen nicht reitlos folgt, den Kampf und die Ausperrung am 1. Januar in Kraft treten zu lassen. Die Arbeiter sollen keinerlei Lohnerhöhung erhalten. Der Lohnausgleich wird strikte abgelehnt. Die Reformisten weichen dem Kampfe aus, sind zu jedem Kompromiß bereit.

Jetzt haben die Arbeiter das Wort, sie müssen die Kapitulation und die Preisgabe ihrer Interessen verhindern.

Hütten- und Metallarbeiter! Proletarier in ganz Deutschland! Macht Schluß mit dem Täuschungsmanöver und Betrug! Organisiert den Abwehrkampf gegen den geplanten Raub der Sonntagsruhe! Zwingt die Gewerkschaftsführer, Farbe zu bekennen: Entweder schwere Niederlage und Verlust des Achtstundentages, oder Durchsetzung der Forderungen durch Organisation und Durchführung des Kampfes auf der ganzen Linie! Der Konflikt in der Stahlindustrie ist eine Frage der ganzen deutschen Arbeiterklasse.

Der Weihnachtsengel des Bürgerblocks

Annahme der Beamtenbesoldungsreform im Reichstag.

Von Fritz Rüd.

Berlin, 14. Dezember 1927.

Auf dem Platz der Republik wird der Friedensengel, der die Siegesgale krönt, frisch poliert. Vom Restaurant des Reichstags aus, in dem kein Stuhl mehr frei ist — die Abgeordneten müssen sich hürten für die zahlreichen Abstimmungen zur Beamtenbesoldungsreform — schaut man diesem Vorgang mit größerem Interesse zu, als die Verhandlungen im Plenum es jemals zu bezwecken vermögen. Und doch ist heute ein großer Tag.

Der Bürgerblock bereitet den Beamten den Weihnachtsfest. Er steht etwas kurios aus, ein Weihnachtsengel mit Verstand hat ihn bereitet und nach dem alten Grundsatz: „Sind's gute Kind, sind's böse Kind“ aufgebaut. Dabei ist es wie so manchmal unterm Weihnachtsbaum, die großen Geschenke liegen dort, wo bereits allerhand vorhanden ist, in diesem Falle: die Beamten mit den höchsten Gehältern bekommen die größte Gehaltserhöhung, und je geringer jetzt schon das Einkommen ist, um so kleiner wird die Aufbesserung, bis sie bei den untersten Gehaltsstufen völlig verschwindet — die Soldaten der Reichswehr gehen leer vom Weihnachtstisch des Bürgerblocks. Aber auch die geringe Aufbesserung für die Beamten der unteren Gehalts-

Die Lage in Kanton

Widersprechende Meldungen

III. London, 14. Dezember.

Nach Meldungen aus Hongkong, berichten dort aus Kanton eingetroffene Flüchtlinge, daß die Truppen des Generals Wifu gestern von der südlich Kantons gelegenen Insel Honan aus den Fluß überschritten hätten und in der Nähe des europaischen Wohnviertels gelandet seien. Die kommunistischen Streitkräfte hätten sich darauf nach dem Innern der Stadt zurückgezogen und hauptsächlich die größeren Gebäude besetzt. Um ein neunstöckiges Gebäude sei ein heftiger Kampf entbrannt, der mit der Vertreibung der kommunistischen Truppen geendet habe. Die westlichen Vororte seien vollkommen von den Kommunisten gesäubert worden, die nach den nördlichen und östlichen Stadtteilen verdrängt worden seien. In diesen Stadtteilen seien zahlreiche Feuer ausgebrochen.

Im Widerspruch zu diesen Berichten besagen andere Meldungen, daß alle Versuche, Kanton wieder zu erobern, fehlgeschlagen seien.

Nach Meldungen aus Shanghai erklärte General Tchangkai-scheh, Pressereferent gegenüber, daß die Kuomintangkonferenz die Schließung der Sowjetkonsulate im gesamten von den Nationalisten beherrschten Gebiet beschlossen habe.

Diese Meldungen sind, da sie aus englischer Quelle stammen (Reuters) mit größter Vorsicht aufzunehmen.

Wookan, den 13. Dezember 1927.

Die „Gromba“ führt in ihrem „Die Lage in China“ beiztelten Leitartikel aus:

Der Unterschied des gegenwärtigen Zustandes in Kanton gegenüber den Zuständen der Generale Tsching und Holung besteht darin, daß diesmal die bestimmende und entscheidende Rolle nicht nur die Armee, nicht nur die Bauernmassen, sondern auch die Arbeitermassen spielen.

Dieses Zusammenwirken allein macht den Zustand geschichtlich unsterblich. Die Konterrevolution ist unfähig, seine gewaltige geschichtliche Bedeutung als des ersten siegreichen Zustandes der Arbeiter- und Bauernmassen, die aus dem Verrate der Bourgeoisie die Lehren gezogen haben, zunächst zu machen.

Die Hauptaufgabe des siegreichen Zustandes ist die Sicherung und Festigung des Sieges. Nach der Eroberung von Kanton müssen die Arbeiter und Bauern eine feste revolutionäre Front bilden. Sie müssen alle

Kräfte der Massen durch Bildung eines Sowjets der Arbeiter, Soldaten- und Bauerndeputierten als Organisationsstichpunkt der revolutionären Gewalt sammeln. Die revolutionäre Gewalt muß den Überresten des Feudalismus den schärfsten Kampf ansetzen und die Bauern auffordern, das Land der Gutsherrscher gewalttätig zu befreien, sowie die Ausbeutungsverhältnisse im Dorf durch die revolutionäre Tat beseitigen.

Die Stärke des Aufstandes von Kanton besteht in der revolutionären Initiative und Entschlossenheit der werktätigen Massen, die Ausbeuter, Unterdrücker, Räuber und Mörder des



chinesischen Volkes endgültig niedergurigen. Der Erfolg des Aufstandes ist nur unter der Voraussetzung einer richtigen Leitung sichergestellt. Lediglich die kommunistische Partei Chinas garantiert die richtige Leitung des roten Kanton im bevorstehenden schweren Kampf.

Die Feinde haben mehrmals die chinesische Revolution totgefagt. Indessen lebt die Revolution und schreitet entschlossen vorwärts! Die imperialistische Welt, die hasst die Entwicklung des „chinesischen Brandes“ verfolgt, wird bald aus der Erfahrung lernen, was die siegreiche Revolution der Arbeiter- und Bauernmassen bedeutet.